

## GASTKOMMENTAR

## Nicht handeln ist zustimmen



REINHARD K. SPRENGER

Moralisch handelt, wer seinen normativen Orientierungen folgt und dafür auch bereit ist, persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen. Moralisierung hingegen zielt auf das Handeln anderer. Sie kümmert sich dabei weder um die Bedingungen der Möglichkeit moralischen Handelns noch um den eigenen Beitrag. Moralisierung wächst also mit der Entfernung. Das lässt sich gegenwärtig beobachten an der Kritik des liebedienerschen Verhaltens von Managern gegenüber dem amerikanischen Präsidenten, an der Diskussion um die Abfindung von Ex-VW-Vorstand Hohnmann-Dennhardt, am schiefen Lächeln des allgemeinen Börsenjubsels, an dem Höchststand der Heidelberg-Cement-Aktie, die vom Mauerbau an der mexikanisch-amerikanischen Grenze profitieren könnte, aber auch an den verwundert-empörten Meldungen, VW sei trotz Dieselskandals zum weltgrößten Automobilproduzenten aufgestiegen.

In allen Fällen wird das Reden als Handeln ausgegeben. Manager dürfen aber in ihrer Rolle als Unternehmensführer gar nicht den Moralathleten spielen; sie verwalten das Geld anderer Leute, eben der Aktionäre, und diesen müssen sie einen Wertpluralismus unterstellen, der auch Trump-Anhänger umfasst. Wenn also die Manager dem amerikanischen Präsidenten Paroli böten, täten sie genau das, was man Trump vorwerfen kann und muss: nicht zwischen Person und Rolle zu unterscheiden. Kein Manager darf seine persönlichen Vorlieben zur Unternehmenspolitik machen. Authentizität ist das Letzte, was man da braucht. Deshalb müssen auch die Manager von Heidelberg Cement für Trump Beton produzieren, sonst würden sie ihrem treuhänderischen Auftrag nicht gerecht. Sie könnten natürlich persönliche Konsequenzen ziehen, zurücktreten und so ein Zeichen setzen; aber das wollen sie offenbar nicht.

Dass Regeln über der Moral stehen müssen, gilt auch für das VW-Geld an eine geschaste Managerin. Auch wenn es manchem gegen den Strich geht: Aus legalistischen Gründen muss Hohnmann-Dennhardt auf der Auszahlung bestehen. Pacta sunt servanda. Sie hat (von Staat und Gewerkschaften unterzeichnete) Verträge geschlossen, nichts Unrechtmäßiges getan, nichts gestohlen. Wer den Rechtsstaat priorisiert, muss auf der Einhaltung der Verträge bestehen. Es darf nicht sein, dass man je nach Windrichtung der Legitimität mal so oder anders handelt.

Und die Börsenhöchststände? Mit Verlaub: Woher kommt denn das Geld? Wer ist denn da der Trittbrettfahrer? Direkt doch wohl die Aktionäre, indirekt wir alle. Wir wollen doch alle, dass die Unternehmen florieren, Arbeitsplätze sichern und möglichst sogar noch viel Steuern zahlen (obwohl letztlich der Konsument diese bezahlt). Wir alle sind doch Parasiten der extrem lockeren Notenbankpolitik, die genau die Liquidität zur Verfügung stellt, die die Börsen jubeln lässt. Dafür werden wir zwar einen hohen Preis zahlen, aber gegenwärtig noch stützen wir die ehrwürdige Erfahrung, dass uns das Hemd näher ist als der Rock.

Bleiben in die VW-Kaufszahlen. Sie werden zwar vorrangig in Asien getrieben, wo der Abgasskandal kaum beachtet wird. Aber von einer deutlichen Kaufzurückhaltung europäischer oder amerikanischer Kunden ist wenig zu spüren. Das bringt uns zum Kern der Dinge. Es gibt im Wirtschaftskontext nur eine Leitunterscheidung: zahlen/nicht zahlen. Als deren Folge entsteht Moral. Als deren Folge! Wenn wir als Kunden weiterhin Produkte eines Unternehmens kaufen, dessen Verhalten wir missbilligen, dann ist das moralisierende Selbstgefälligkeit. Aber keine Moral. Wenn wir als Aktionäre (auch über Fonds!) an den Aktien eines Unternehmens festhalten, dessen Verhalten nicht zu unseren Werten passt, dann haben wir unser Empörungsrecht verspielt. Dann sagen wir implizit: Weiter so! Nicht handeln heißt zustimmen.

Der Autor ist Managementtheoretiker und hat mehrere Bücher geschrieben, zuletzt: „Das anständige Unternehmen“ (2015)

## ESSAY



Viele Kommunen haben bei der Aufnahme von Flüchtlingen Bewundernswertes geleistet: Provisorische Unterkünfte in der Kirche St. Benedikt in Bremen

## So wird es nicht klappen

Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, so hat es zumindest den Anschein, sind darauf aus, nach dem Fall Anis Amri nach Möglichkeit wieder zur normalen Tagesordnung überzugehen. Das ist aus der Warte des puren Eigeninteresses der Parteien nachvollziehbar. Zugleich ist es aber nicht nur rechtsstaatlich bedenklich und politisch sehr riskant, sondern – aus Warte der Opfer – auch beschämend.

Die CDU hat wenig Interesse an Aufklärungsarbeit, weil sie auf einen Wahlkampf setzt, bei dem vorgegeben wird, das Flüchtlingsthema sei mittlerweile – via Türkei-Deal – gelöst. Auch hätte die CDU einige Fragen zu beantworten. So hat der ehemalige Berliner Innensenator Henkel, ein vermeintlich „scharfer Hund“, im Fall Amri anscheinend auf den Akten gesessen. Die SPD wiederum ist peinlich berührt, dass in ihrem wichtigsten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, bei Amri administrativ so gut wie alles schiefgelaufen ist, was in einem bössartig gemachten Film nur schieflaufen kann – außer dass die SPD hier selbst Regie geführt hat. Immerhin wird es in NRW einen Untersuchungsausschuss dazu geben.

Wie steht es um die Grünen und erst recht die Linke? Normalerweise sind die beiden Oppositionsparteien im Bundestag durchaus auf die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen erpicht. Aktuell ziehen sie es aber vor, gut Ding Weile haben zu lassen. Denn wenn sie in dieser Frage ihrer Oppositionsrolle in gebührender Weise nachgehen würden, kämen die mit dem Flüchtlingsstrom verbundenen Sicherheitsfragen wieder aufs Tapet. Das aber wollen beide nicht, ist doch ein liberaler Umgang mit dem Flüchtlingsthema ein konstitutives Element ihrer jeweiligen Identität als Partei.

Aufgrund dieses Parteienkonsenses wird das Vertrauen in den Rechtsstaat leichtfertig aufs Spiel gesetzt, in jedem Fall aber das in die öffentliche Sicherheit. Man male sich nur aus, was passiert, falls es vor dem Hintergrund dieses allparteilichen Wegdrückens zu einem neuen Terroranschlag aus demselben Täterkreis kommt. Aktuell scheint es so, als ob allein das Prinzip Hoffnung gilt. Das Behördenwarrir ist jedenfalls nicht entflochten. Der eigentliche Skandal liegt aber jenseits all dieses kurzfristigen parteiaktischen Kalküls und administrativen Wirrwarrs. Denn nach wie vor fehlt es sowohl an einem adäquat dynamischen als auch ehrlichen Umgang mit dem Flüchtlingsthema, und zwar vor allem, was die Fähigkeiten Deutschlands angeht.

Die einen – links von der Mitte – versuchen, die Integrationsproblematik mit einem kruden Keynesianismus schönzureden. Natürlich ist das Hartz-IV-Geld, das an die Neuankommlinge ausgezahlt wird, auf eine gewisse Weise „konjunkturfördernd“, obwohl das offensichtlich eine extrem kurzfristige Betrachtungsweise ist. Die

Die Debatte über Flüchtlinge leidet unter einem Mangel an Realismus: Die finanziellen Belastungen werden möglichst verschwiegen, die Vorteile für die Konjunktur überbewertet

STEPHAN-GÖTZ RICHTER



anderen – in der CDU – sind nach wie vor bestrebt, in jedem Fall ein Einwanderungsgesetz zu verhindern. Sie tun dies, obwohl gerade ein solches Gesetz vonnöten ist, um die Produktivität der deutschen Volkswirtschaft auch in Zukunft zu gewährleisten – und nicht zuletzt auch, um künftig die finanziellen Mittel zu haben, um die enormen Kosten allein des bisherigen Flüchtlingsstroms zu bewältigen.

Die Aufnahme der Flüchtlinge ist ohne Frage ein bewundernswerter humanitärer Akt. Doch diesen, wie es immer wieder geschieht, der Öffentlichkeit als eine immanente Produktivitätssteigerung zu verkaufen ist nicht nur blauäugig, sondern unredlich. Natürlich gibt es unter den Flüchtlingen solche, die in der deutschen Volkswirtschaft leicht einen Job übernehmen können. Für einen Großteil gilt dies aufgrund ihres mangelnden Bildungsstandes und nicht vorhandener Sprachfähigkeiten aber nicht. Deshalb heißt es jetzt, nüchtern, realistisch und handlungsorientiert zu sein. Aber genau daran mangelt es.

Die neuen Zahlen des Bundesfinanzministeriums für die Haushaltsplanung weisen aus, dass im Jahr 2017 allein für asylbedingte Leistungen Bundesausgaben von 21,3 Milliarden Euro anfallen. Das entspricht stolzen 6,5 Prozent des Gesamthaushaltes. Dass diese Summe alles andere als ein Pappenstiel ist, sieht man an folgenden Vergleichszahlen. Diese 21,3 Milliarden Euro sind 20 Prozent höher als der gesamte Jahresetat des Bundesbildungs- und Forschungsministeriums; sie sind fast das Doppelte der gesamten Verkehrsinvestitionen und entsprechen knapp 60 Prozent des Verteidigungshaushaltes. Es ist in jedem Fall Geld, das anderswo nicht zur Verfügung stehen wird.

Sechzehn Monate nach dem Anschwellen der Flüchtlingswelle vom Herbst 2015 ist der größte Skandal aber ein ganz anderer. Dies gilt trotz der Tatsache, dass viele Kommunen bei der anfänglichen Integration Bewundernswertes geleistet haben. Das ist ja nur der Auftakt eines am Ende wohl 15- bis 20-jährigen Integrationsprozesses. Um den erfolgreich zu bewältigen, geht es nicht um Abschottung, sondern um eine nachhaltige Verhaltenskorrektur auf deutscher Seite. Just an dieser mangelt es aber. So wird weiterhin gerne davon geredet, die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt maximal zu beschleunigen, die gute Erfolgsaussichten bei der Anerkennung ihres Status haben. Nur wird eben bisher nicht entsprechend gehandelt.

Am Ende gibt es in der Hauptsache einen Allparteienkonsens, der aktuell darauf hinausläuft, dass vornehmlich mehr öffentliche Jobs geschaffen werden müssen, um die anfallenden Aufgaben administrativ zu bewältigen. Das mag die selbstgefällige Betriebslogik eines auf sich selbst bedachten kameralistischen Apparats sein. Mit effektiver Integration in die Gesellschaft hat das allerdings wenig zu tun. Wie wenig zielorientiert, realistisch und – ja – proper kameralistisch ge-

dacht wird, zeigt sich etwa an den sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Allein das Land Nordrhein-Westfalen, notorisch knapp bei Kasse, hat 13.600 solche Flüchtlinge und gibt hierfür aktuell 632 Millionen Euro pro Jahr aus – bei Monatskosten von 4500 Euro pro Kind. Trotz dieses enormen Finanzaufwandes sind die Integrationschancen am Ende eher gering. Ein Aufwachen im angestammten Kulturraum ist aus diversen Gründen wahrscheinlich der einzig gangbare Weg.

In dieser Zahl steckt Sprengpotenzial. Denn dies ist das Mehrfache von dem, was monatlich für eine mehrköpfige Flüchtlingsfamilie aufgewendet wird. Und das ist etwas, das sich alle reiche deutsche Gesellschaft, die im Moment einen konjunkturellen Zenit durchlebt, nicht leisten kann. Gerade in der Flüchtlingsfrage müsste, um den innergesellschaftlichen Konsens auf Dauer hinreichend aufrechtzuerhalten, auch mit spitzem Bleistift gerechnet werden. Aber das will niemand so recht. Im Prinzip sind sich alle etablierten Parteien einig, schlafende Hunde schlafen zu lassen. Dass sie damit implizit der AfD, auch wenn diese sich glücklicherweise in einem Selbstzerstörungsmanöver nach dem anderen befindet, Vorschub leistet, ist kaum zu übersehen.

Anderthalb Jahre nach der großen Flüchtlingswelle herrscht jedenfalls der Eindruck vor, als würde der deutsche Staatsapparat wieder zur Tagesordnung übergehen. Die hehren Hoffnungen von Reformern, dass die Ereignisse vom Herbst 2015 Anlass genug seien, viele alte Verwaltungszöpfe abzuschneiden, haben sich jedenfalls bisher nicht hinreichend erfüllt. Allein schon der bisherige Flüchtlingsstrom wird sich jedenfalls ohne ein deutlich dynamisiertes administratives Vorgehen nicht bewältigen lassen.

Wer die gewaltigen Aufgaben erfolgreich bewältigen will, der muss realistisch für zweierlei sein. Erstens muss sehr viel mehr Spielraum geschaffen werden für solche Neuankommlinge, die echte Integrationschancen haben. Umgekehrt bedarf es einer wesentlich engeren Auslegung bei denjenigen, die wenig Integrationschancen haben und in der Vergangenheit vornehmlich aufgrund einer immer laxeren Verwaltungspraxis Aufenthaltstitel bekamen.

Wir werden nicht die Hoffnungen aller Neuankommlinge erfüllen können. Insbesondere müssen wir verstehen, dass eine unkritische, allgemein praktizierte Großzügigkeit der Integration derer im Wege steht, die es schaffen können. Wer mit diesem Vorhaben Erfolg haben will, muss auch ablehnende Entscheidungen treffen können und diese zügig umsetzen.

Der Autor ist Herausgeber und Chefredakteur des Online-Magazins „The Globalist“ (www.theglobalist.com) und lebt nach 25 Jahren Aufenthalt in Washington D.C. heute in Berlin.

## IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985 f)

Herausgeber: Stefan Aust

Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt

Stellvertreter des Chefredakteurs:

Oliver Michalsky, Arne Tietz

Stellvertretende Chefredakteurin:

Dagmar Rosenfeld

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner

Chefkommentator: Torsten Krauel

Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann

Leitender Redakteur: Matthias Leonhard,

Stv. Henning Kruse; Christian Gaertner,

Philip Jürgens, Lars Winckler

Creative Director: Cornelius Tittel

Artredaktion: Juliane Schwarzenberg

Politik: Marcus Heithecker, Dr. Jacques Schuster, Lars

Schroeder, Stv.: Claudia Kade Forum: Andrea Seibel, Stv.

Rainer Haubrich Deutschland Hintergrund: Wolfgang

Büscher, Claus Christian Malzahn Außenpolitik: Dr. Sa-

scha Lehnartz, Stv. Silke Mühlerr Wirtschaft/Finanzen:

Olaf Gersemann, Ileana Grabitz, Stv. Jan Dams, Dietmar

Deffner, Michael Fabricius, Thomas Exner (Senior Editor)

Kultur: Andreas Rosenfelder, Stv. Elmar Krekler,

Lucas Wiegmann Literarische Welt: Richard Käm-

merlings Stil/Reise/Motor: Adriano Sack, Stv. Sönke

Krüger, Inga Griese (Senior Editor) Sport: Stefan

Frommann, Stv. Sven Flohr, Christian Witt, Volker

Zeitler Leben/Wissen: Wolfgang Scheida, Heike Vo-

winkel, Stv. Dr. Pia Heinemann

Nachrichtenchef: Falk Schneider Social Media: Nid-

dal Salah-Eldin WELTplus: Sebastian Lange Video:

Martin Heller CvD Produktion: Patricia Plate, Stv. Dr.

Jörg Forbricht Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne

Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm

Chefkorrespondentin Wirtschaftspolitik: Dr. Doro-

thea Siems Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ul-

rich Exner, Dr. Richard Herzinger Chefkorrespondent

Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau Korrespondent:

Jennifer Wilton Leitender Redakteur Zeitgeschichte:

Sven Felix Kellerhoff Ständige Mitarbeit: Prof. Michael

Stürmer Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne

Gaschke, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoerr, Benjamin von

Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Christoph

Schiltz, Andre Tauber Budapest: Boris Kalnoky Istanbul:

Deniz Yücel Jerusalem: Gil Yaron Kapstadt: Christian

Putsch London: Stefanie Bolzen, Thomas Kielinger Ma-

drid: Ute Müller Marrakesch: Alfred Hackensberger

Moskau: Julia Smirnova New York: Michael Remke,

Hannes Stein Paris: Martina Meister Peking: Johnny

Erling Prag: Hans-Jörg Schmidt Warschau: Dr. Gerhard

Gnauck Washington: Ansgar Graw, Stephan Strothe,

Clemens Wergin